

Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V.m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und §§ 1 ff Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG); Vierstreifiger Ausbau der B 47 (OU Bürstadt) im östlichen Bereich, im Streckenabschnitt von der DB-Brücke (Bau-km 4+110) bis Riedrode (Bau-km 6+861) auf einer Länge von 2,92 km (Beginn: Netzknoten NK 6316 012 nach NK 6316 019, Stat. – km 0+745; Ende: NK 6316 019 nach NK 6316 026, Stat. – 0+831) hier: Öffentlichkeitsbeteiligung für die Änderungen des Plans vor Fertigstellung des Vorhabens gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG betreffend

Bekanntmachung vom 05.02.2022

**Südhessen Morgen
Bürstädter Zeitung**

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Bürstadt

Das Regierungskollegium Darmstadt hat nicht in seiner Funktion als zuständigs Anordnungsbehörde gewisse, folgenden Bekanntmachungen zu veröffentlichen:

Bekanntmachung

Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V.m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und §§ 1 ff Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG); Vierstreifiger Ausbau der B 47 (OU Bürstadt) im östlichen Bereich, im Streckenabschnitt von der DB-Brücke (Bau-km 4+110) bis Riedrode (Bau-km 6+861) auf einer Länge von 2,92 km

(Beginn: Netzknoten NK 6316 012 nach NK 6316 019, Stat. – km 0+745; Ende: NK 6316 019 nach NK 6316 026, Stat. – 0+831)

Hier: Öffentlichkeitsbeteiligung für die Änderungen des Plans vor Fertigstellung des Vorhabens gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG betreffend

- Anpassung der Planung an die immissionschutzrechtlichen Vorgaben wie Lärmschutz in Form von Rückbau und Neubau höherer Lärmschutzwände bzw. Lärmschutz mit verbesserter Lärmschutzwirkung,
- Anpassung der Planung an die aktuellen naturschutzrechtlichen Vorgaben,
- Straßeneinseitigung durch Errichtung von Verdunstungs- und Versickerungsmulden bzw. dem Bau eines neuen Kanals im Mittelstreifen und
- Bau einer Feuerwehrrampe auf dem straßenbegleitenden Fest- und Wirtschaftsweg zusätzlich zur früheren Planung an der direkten Rampe der AS Bürstadt Ost

einschließlich kostenmindernder Kompensationsmaßnahmen sowie verschiedener Ökologemaßnahmen in Form von Ankauf von Biotopwertpunkten

Für das o. a. Bauvorhaben liegt der Planfeststellungsbeschluss des damaligen Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 15. Dezember 1971 vor.

Gem. § 17c FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG wurde vom Hessischen Mobil-Hauptstellen – Stellen und Verkehrsmitteln – die Durchführung eines Planänderungsverfahrens beschlossen, das die im Besonderen bezeichneten Änderungen zum Gegenstand hat.

Wegen des Umfangs der Änderungen erfolgt die Auslegung der vollständigen Planunterlagen durch das Verfahren im UV-VfG.

Zur Anhörung der Öffentlichkeit sind die Planunterlagen in der Zeit vom

14. Februar 2022 bis einschließlich 14. März 2022

auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de>) – Rubrik „Presse – Öffentliche Bekanntmachungen – Verkehr – Straßen“ veröffentlicht.

Ergänzend dazu liegen die Planunterlagen auch in der Zeit vom 14. Februar 2022 bis einschließlich 14. März 2022 bei dem Magistrat der Stadt Bürstadt (Postfachstraße 2, 69426 Bürstadt) Bürgertreff im Erdgeschoss, Zimmer-Nr. 113 während der Dienststunden von Montag und Donnerstag 8 Uhr bis Donnerstag 18 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag 8 Uhr bis 13 Uhr zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis zum 14. Juni 2022 (maßgeblich ist die Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhebungsbehörde, Dienstadt III 333, Wilhelmstraße 1-3, 64283 Darmstadt (Postfachstraße, Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei der Stadt Bürstadt schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben (Ausnahmefälle). Für die Erklärung zur Niederschrift ist eine vorherige elektronische Terminvereinbarung bei der Stadtverwaltung Bürstadt unter der Telefonnummer 06202/701144 oder bei dem Regierungspräsidium Darmstadt unter der Telefonnummer (0621) 12-3839 erforderlich.

Außerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Bedarf und das Maß der befristeten Beseitigungsmöglichkeiten festlegen und unterzeichnet sein. Einmal eine qualifizierte elektronische Signatur enthält das Schriftmerkmal nicht.

Es sind nur solche Äußerungen und Einwendungen zugelassen, die sich auf die antragsgenständlichen Änderungen des Plans beziehen. Äußerungen und Einwendungen zu den bereits abgeschlossenen Verwaltungsverfahren sind dagegen ausgeschlossen. Abweichend davon können sich Personen, deren Betroffenheit sich als Folge der diesem Verfahren zugrundeliegenden Planänderungen erstens ergibt, zur Planung insgesamt äußern und Einwendungen erheben.

Mit Ablauf der Auflegungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (§ 21 Absatz 4 UVPG). Die Auflegungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des geänderten Vorhabens beziehen (§ 21 Absatz 1 UVPG) und für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 7 Absatz 3 Umweltverträglichkeitsgesetz-UmwVfG).

Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vorverfüglicher gleichzeitiger Texte eingereicht werden (gleichzeitige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterschrift und ein Unterschiefer mit ihrem bzw. seinem Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter bzw. Vertreter der übrigen Unterschriftennehmer und Unterschiefer zu berechnen. Andernfalls können

diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben. Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 23 Absatz 3 HVwVfG stattgefunden hat.

2. Diese öffentliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Absatz 1 Satz 3 HVwVfG.

3. Die Anhörungsbefugnis kann von einer Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPG absehen (§ 17d FStrG).

Anstelle eines Erörterungstermins kann eine Online-Konferenz durchgeführt werden oder diese mit einer Beteiligung der Beteiligten durch eine Telefon- oder Videokonferenz ersetzt werden (§ 3 PlanSiG).

Findet ein Erörterungstermin oder eine Online-Konferenz statt, werden diese öffentlich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichzeitigen Einwendungen sind die Vertreter von dem Termin bzw. der Online-Konferenz getrennt benachrichtigt (§ 17 HVwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigten vorzuzuziehen, so können diese durch öffentliche Benachrichtigung ersetzt werden.

Die Verlegung durch einen Besonderefall ist möglich. Die Benachrichtigung ist dann eine schriftliche Mahnung nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbefugnis zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin und die Online-Konferenz sind nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, die Einreichung von Äußerungen, Einwendungen und Stellungnahmen, die Teilnahme am Erörterungstermin, einer Online-Konferenz oder einer Telefon- oder Videokonferenz und durch Verleisteinstellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

5. Erschließungsaufträge, soweit über sie nicht in der Planfeststellung des Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Erschließungsauftragverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsvorgangs durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen in seiner Funktion als Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die Einwendungen erhoben oder eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

7. Mit dem Beginn der Veröffentlichung des geänderten Plans im Internet auf der oben genannten Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt treten für die von den Planänderungen zusätzlich betroffenen Flächen die Anzeigenschuldungen nach § 9 des Flurbau- und Straßensicherstellungsgesetz nach § 9a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht dem Träger der Straßenbaulast ab diesem Zeitpunkt ein Vorkaufrecht an dem geänderten Plan in bestimmter Richtung zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).

8. Das Vorhaben UVV-fähig ist, wird darauf hingewiesen, dass

- die für das Verfahren zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt ist, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen ist.
- über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird.
- die zugelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPG ist.

9. Bei dem UVV-pflichtigen Änderungsantrag werden gem. § 18 Abs. 2 UVPG der Umweltauswirkungen sowie die des Vorhabens entscheidungserheblichen Benefits und Entlastungen, die das Vorhaben bezuhen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Unterlage 01: Erläuterungstext
- Unterlage 08: Legation Entwässerungsmaßnahmen
- Unterlage 09: Landschaftspflegerische Maßnahmen (Maßnahmenbeurteilung, Maßnahmenplan, Maßnahmeregister)
- Unterlage 17: Immissionschutzliche Untersuchungen (Schalltechnische Untersuchung, Vibrationenuntersuchung, Emissionsberechnungen, Erläuterungsbericht Luftschadstoffe)
- Unterlage 18: Fachbeitrag nach der Wasserhammerrichtlinie (WRRL)
- Unterlage 19: Umwelttechnische Untersuchungen (landschaftspflegerische Begleitplan und UVV-FH Vergleichskarteprüfung, Antragsrechtlicher Prüfung, I-Stützstruktur- und Korrekturen, Neuentwürfen)

10. Die Planunterlagen und die öffentlichen Bekanntmachungen werden über die Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de>) – Rubrik „Presse – Öffentliche Bekanntmachungen – Verkehr – Straßen“ und das Portal des Landes Hessen (<https://www.government.de/hel>) zugänglich gemacht.

Bürstadt, 05.02.2022

Barbara Schöde
(Bürgermeisterin)

Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V.m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und §§ 1 ff Planungssicherungsgesetz (PlanSiG); Vierstreifiger Ausbau der B 47 (OU Bürstadt) im östlichen Bereich, im Streckenabschnitt von der DB-Brücke (Bau-km 4+110) bis Riedrode (Bau-km 6+861) auf einer Länge von 2,92 km) (Beginn: Netzknoten NK 6316 012 nach NK 6316 019, Stat. – km 0+745; Ende: NK 6316 019 nach NK 6316 026, Stat. – 0+831) hier: Öffentlichkeitsbeteiligung für die Änderungen des Plans vor Fertigstellung des Vorhabens gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG betreffend

Bekanntmachung vom 05.02.2022

**Südhessen Morgen
Bürstädter Zeitung**

**Amtliche Bekanntmachung
des Magistrats der Stadt Bürstadt**



Das Regierungspräsidium Darmstadt hat mich in seiner Funktion als zuständige Anhörungsbehörde gebeten, folgenden Bekanntmachungstext zu veröffentlichen:

Bekanntmachung

Planfeststellung gemäß §§ 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) i.V.m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und §§ 1 ff Planungssicherungsgesetz (PlanSiG); Vierstreifiger Ausbau der B 47 (OU Bürstadt) im östlichen Bereich, im Streckenabschnitt von der DB-Brücke (Bau-km 4+110) bis Riedrode (Bau-km 6+861) auf einer Länge von 2,92 km)

(Beginn: Netzknoten NK 6316 012 nach NK 6316 019, Stat. – km 0+745;

Ende: NK 6316 019 nach NK 6316 026, Stat. – 0+831)

hier: Öffentlichkeitsbeteiligung für die Änderungen des Plans vor Fertigstellung des Vorhabens gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG betreffend

- Anpassung der Planung an die immissionsschutzrechtlichen Vorgaben wie Lärmschutz in Form von Rückbau und Neubau höherer Lärmschutzwälle bzw. Lärmschutz mit verbesserter Lärmschutzwirkung,
- Anpassung der Planung an die aktuellen naturschutzrechtlichen Vorgaben,
- Straßentwässerung durch Errichtung von Verdunstungs- und Versickerungsmulden bzw. dem Bau eines neuen Kanals im Mittelstreifen und
- Bau einer Feuerwehrausfahrt auf dem straßenbegleitenden Forst-/ Wirtschaftsweg zusätzlich zur früheren Planung an der direkten Rampe der AS Bürstadt Ost

inschließlich transsnaher Kompensationsmaßnahmen sowie verschiedener Ökotoxikmaßnahmen in Form von Ankauf von Biotoppunkten

Für das o. a. Bauvorhaben liegt der Planfeststellungsbeschluss des damaligen Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 15. Dezember 1971 vor.

Gem. § 17d FStrG i. V. m. §§ 76 Abs. 1 und 73 HVwVfG wurde von Hessen Mobil Heppenheim – Straßen und Verkehrsmanagement – die Durchführung eines Planänderungsverfahrens beantragt, das die im Betreff näher bezeichneten Änderungen zum Gegenstand hat.

Wegen des Umfangs der Änderungen erfolgt die Auslegung der vollständigen Planunterlagen.

Das Vorhaben ist UVP-pflichtig.

Zur Anhörung der Öffentlichkeit sind die Planunterlagen in der Zeit vom

14. Februar 2022 bis einschließlich 14. März 2022

auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de> – Rubrik: „Presse – Öffentliche Bekanntmachungen – Verkehr – Straße“) veröffentlicht.

Ergänzend dazu liegen die Planunterlagen auch in der Zeit vom 14. Februar 2022 bis einschließlich 14. März 2022 bei dem Magistrat der Stadt Bürstadt (Rathausstraße 2, 68842 Bürstadt) Bürgerbüro im Erdgeschoss, Zimmer-Nr.: 113 während der Dienststunden

von: Montag und Donnerstag 9 Uhr durchgehend bis 18 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag 8 Uhr bis 13 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

1. Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können sich bis zum **14. April 2022** (maßgeblich ist der Tag des Eingangs, nicht das Datum des Poststempels) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Anhörungsbehörde), Dezernat III 33.1, Wilhelminenstraße 13, 64283 Darmstadt (Postanschrift: Regierungspräsidium Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder bei der Stadt Bürstadt schriftlich oder zur Niederschrift zu den Planunterlagen äußern und Einwendungen erheben (Äußerungsfrist). Für die Erklärung zur Niederschrift ist eine vorherige telefonische Terminvereinbarung bei der Stadtverwaltung Bürstadt unter der Telefonnummer 06202/701 144 oder bei dem Regierungspräsidium Darmstadt unter der Telefonnummer (06151) 12-3632 erforderlich.

Äußerungen und Einwendungen müssen den Namen und die Anschrift lesbar enthalten, den geltend gemachten Belang und das Maß der befürchteten Beeinträchtigungen erkennen lassen und unterschrieben sein. E-Mails ohne qualifizierte elektronische Signatur erfüllen das Schriftformerfordernis nicht.

Es sind nur solche Äußerungen und Einwendungen zugelassen, die sich auf die antragsgegenständlichen Änderungen des Plans beziehen. Äußerungen und Einwendungen zu den bereits abgeschlossenen Verwaltungsverfahren sind dagegen ausgeschlossen. Abweichend davon können sich Personen, deren Betroffenheit sich als Folge der diesem Verfahren zugrundeliegenden Planänderungen erstmals ergibt, zur Planung insgesamt äußern und Einwendungen erheben.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen (§ 21 Absatz 4 UVPfG). Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des geänderten Vorhabens beziehen (§ 21 Absatz 5 UVPfG) und für Stellungnahmen der Vereinigungen (§ 7 Absatz 4 Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG)).

Bei Eingaben, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht wer-

den (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin oder ein Unterzeichner mit ihrem bzw. seinem Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin bzw. Vertreter der übrigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zu benennen. Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass Einwendungen auch dann erhoben werden müssen, wenn zuvor eine Beteiligung im Rahmen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Absatz 3 HVwVfG stattgefunden hat.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Absatz 4 Satz 5 HVwVfG.

3. Die Anhörungsbehörde kann von einer Erörterung im Sinne des § 73 Abs. 6 HVwVfG und des § 18 Abs. 1 S. 4 UVPfG absehen (§ 17d FStrG).

Anstelle eines Erörterungstermins kann eine Online-Konsultation durchgeführt werden oder diese mit Einverständnis der Beteiligten durch eine Telefon- oder Videokonferenz ersetzt werden (§ 5 PlanSiG).

Findet ein Erörterungstermin oder eine Online-Konsultation statt, werden diese ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter, vom dem Termin bzw. der Online-Konsultation gesondert benachrichtigt (§ 17 HVwVfG). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Der Erörterungstermin und die Online-Konsultation sind nicht öffentlich.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, die Einreichung von Äußerungen, Einwendungen und Stellungnahmen, die Teilnahme am Erörterungstermin, einer Online-Konsultation oder einer Telefon- oder Videokonferenz und durch Vertreterbestellung entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach dem Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen in seiner Funktion als Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die Einwendungen erhoben oder eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

7. Mit dem Beginn der Veröffentlichung des geänderten Plans im Internet auf der oben genannten Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt treten für die von den Planänderungen zusätzlich betroffenen Flächen die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht dem Träger der Straßenbaulast ab diesem Zeitpunkt ein Vorkaufrecht an den vom geänderten Plan betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).

8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen, dass

- die für das Verfahren zuständige Behörde das Regierungspräsidium Darmstadt und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen ist,
- über die Zulässigkeit des Verfahrens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- die ausgelegten Planunterlagen die nach § 16 UVPfG notwendigen Angaben enthalten und
- die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 Abs. 1 UVPfG ist.

9. Bei dem UVP-pflichtigen Änderungsvorhaben werden gem. § 19 Abs. 2 UVPfG der Umweltbericht sowie die das Vorhaben entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die das Vorhaben betreffen, zur Einsicht für die Öffentlichkeit im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ausgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende im Inhaltsverzeichnis der Planunterlagen aufgeführten Unterlagen:

- Unterlage 01: Erläuterungsbericht
- Unterlage 08: Lageplan Entwässerungsmaßnahmen
- Unterlage 09: Landschaftspflegerische Maßnahmen (Maßnahmenübersichtsplan, Maßnahmenpläne, Maßnahmenblätter)
- Unterlage 17: Immissionstechnische Untersuchungen (Schalltechnische Untersuchung, Variantenuntersuchung, Emissionsberechnungen, Erläuterungsbericht Luftschadstoffe)
- Unterlage 18: Fachbeitrag nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
- Unterlage 19: Umweltfachliche Untersuchungen (Landschaftspflegerischer Begleitplan inkl. UVP, FFH Verträglichkeitsprüfung, Artenschutzrechtliche Prüfung, LBP Bestands- und Konfliktplan, Voruntersuchungen)

10. Die Planunterlagen und die ortsüblichen Bekanntmachungen werden über die Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de> – Rubrik: „Presse – Öffentliche Bekanntmachungen – Verkehr – Straße“) und das UVP-Portal des Landes Hessen (<https://www.uvp-verbund.de/hessen/>) zugänglich gemacht.

Bürstadt, 01.02.2022

Barbara Schader, Bürgermeisterin